

NACHRICHTEN

Streit um geheime Videoüberwachung

München. Die Videoüberwachung an Schulen in Bayern sorgt für Ärger. Der Landesbeauftragte für Datenschutz, Thomas Petri, kündigte eine »krachende Beanstandung« für Schulen an, die gegen Vorschriften verstoßen. Tonaufzeichnungen oder heimliche Aufnahmen seien verboten, sagte Petri dem Bayerischen Rundfunk. Recherchen des Senders zufolge fehlen in mehreren Schulen Schilder, die auf eine Videoüberwachung hinweisen. Zudem könnten nur wenige Schulleiter konkrete Fälle nennen, die eine Überwachung rechtfertigten. »Wenn uns Hinweise auf Verstöße gegen den Datenschutz vorliegen, werden wir dem nachgehen«, sagte am Samstag der Sprecher des Kultusministeriums, Ludwig Unger. Der SPD-Datenschutzexperte Florian Ritter sieht die Staatsregierung in der Pflicht: Die Anlagen müssten sofort abgeschaltet werden, bis die gesetzlichen Regeln sicher eingehalten werden. *dpa/nd*

Grüne lassen Koalitionsfrage offen

Ramstein-Miesenbach. Die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne) sieht keine Notwendigkeit für eine Koalitionsdebatte zur Landtagswahl 2016. »Wir Grüne regieren gerne, wir Grüne gestalten gerne und wir wollen weiter regieren«, sagte sie am Samstag auf einem Landesparteitag in Ramstein-Miesenbach. Im Juli hatten sich Fraktion und Parteispitze zu einer Fortsetzung von Rot-Grün bekannt, wenn das Wahlergebnis dies hergäbe. Eine Gruppe der Parteibasis ist gegen eine frühzeitige Festlegung. An sie gerichtet, sagte Lemke, Politik sei kein Wunschkonzert, sondern erfordere Kompromisse. Das Vorgehen einer »sogenannten Basisgruppe« sei »nicht solidarisch und nicht grün«. Zu Beginn des Parteitags wurden die Delegierten von rund 50 Windkraftgegnern mit einem Trillerpfeifkonzert empfangen. *dpa/nd*

Schriftliches Kulturerbe im Nordosten bedroht

Schwerin. Das schriftliche Kulturerbe Mecklenburg-Vorpommerns ist nach Angaben der Landesverbände der Bibliotheken und der Archivare schwerwiegend in seinem Erhalt bedroht. »Die schlechte Ausstattung mit Personal- und Sachmitteln lässt es derzeit in keiner Einrichtung zu, dringend erforderliche Maßnahmen des Kulturgutschutzes aus eigener Kraft in ausreichendem Umfang durchzuführen«, erklären der Landesbibliotheksverband und der Verband der Archivarinnen und Archivare im Nordosten in einer gemeinsamen Denkschrift, die der dpa vorliegt. Für Maßnahmen zur Sicherung und Erhaltung des Bestandes seien 57 Millionen Euro nötig. Die Denkschrift soll an diesem Mittwoch beim 2. Tag der Bestandserhaltung in Schwerin dem zuständigen Bildungsminister Mathias Brodtkorb (SPD) übergeben werden. *dpa/nd*

36 Gefangene werden vorzeitig entlassen

Magdeburg. 36 Gefangene in Sachsen-Anhalt müssen das Weihnachtsfest in dieses Jahr nicht hinter Gittern verbringen. Sie werden im Zuge der Weihnachtsamnestie vorzeitig entlassen, wie das Justizministerium mitteilte. Damit werden insgesamt 843 Hafttage nicht vollstreckt. Die Gefangenen verbüßten Strafen in den Gefängnissen in Halle, Raßnitz, Volkstedt, Dessau-Roßlau und Burg. Seit dem 17. November werden sie sukzessive entlassen. Bei den Gefangenen handelt es sich um Insassen, die ohnehin Anfang 2015 aus der Haft entlassen worden wären, sagte die Sprecherin des Ministeriums, Ute Albersmann. Nur unter bestimmten Voraussetzungen kämen sie in den Genuss einer Weihnachtsamnestie. *dpa/nd*



Der Viadukt in Chemnitz – eine prächtige Eisenbahnbrücke aus der Kaiserzeit

Foto: Dr. Benita Martin/CC BY-SA 3.0

Ein Picasso unter den Brücken

Chemnitzer Bürger kämpfen gegen Pläne der Deutschen Bahn zum Abriss eines vor 100 Jahren errichteten Viadukts

In Chemnitz rollen Züge über eine 275 Meter lange genietete Stahlbrücke. Die Deutsche Bahn will das historische Denkmal abreißen. Protest führt indes zum Nachdenken.

Von Hendrik Lasch, Chemnitz

Der Bau war eine technische Meisterleistung und verlangte den Arbeitern alles ab – auch Zielsicherheit. Die Niete, mit denen ab 1901 in Chemnitz die Stahlteile einer 275 Meter langen Eisenbahnbrücke verbunden wurden, brachte man in Feuerkörben zum Glühen und warf sie dann in die Höhe, wo sie mit Zangen gefangen wurden. So entstand ein Meisterwerk der Ingenieurkunst, das sich seit über 100 Jahren in eleganten Bögen über den Chemnitzfluss spannt.

Geht es nach der Deutschen Bahn, sind die Tage des Industriedenkmal freilich gezählt. Ihre Tochter DB Netz erneuert die Sachsenmagistrale zwischen Dresden bzw. Leipzig und Hof. Rund zwei Milliarden Euro werden investiert, um auf der Bummeltrasse höheres Tempo zu ermöglichen und die Fahrzeit aus Sachsens Landeshauptstadt nach Franken um 50 Minuten

auf 2:34 Stunden zu verkürzen. Zu den 405 Brücken, die ertüchtigt werden, gehört auch das Chemnitzer Viadukt.

Der Abriss ist lange geplant; schon 2003 fand mit Beteiligung der Stadt ein Architektenwettbewerb für einen Neubau statt. Dann wurden die Gelder im Bundesverkehrswegeplan gekürzt, das Projekt lag auf Eis – bis vor einem Jahr. Da nahm die Bahn die Arbeit am Chemnitzer Bahnbogen wieder auf – und sprach erneut von Abriss. Die Konstruktion sei ermüdet und für Züge mit bis zu 160 Stundenkilometern nicht geeignet, hieß es in einer Bürgerversammlung.

Womit die Bahn freilich nicht gerechnet hatte: Die Chemnitzer halten an der Brücke fest. Eine Bürgerinitiative gründete sich, aus der kürzlich der Verein »Viadukt« entstand; es gab Konzerte, Proteste und Widerspruch. Ein Grund ist, dass die Stadt schon viele Zeugnisse ihrer großen industriellen Vergangenheit eingebüßt hat und Werkhallen ebenso wie stolze Gründerzeithäuser verschwanden, oft trotz des Status als Denkmal.

Der Gegenwind bewog die Bahn zur Prüfung alternativer Varianten. Die Ergebnisse wurden jetzt bei einer Bür-

gerversammlung vorgestellt. Zu den überraschenden Ergebnissen gehört, dass auch die alte Brücke für schwerere Züge ertüchtigt werden kann, deren Tempo die Bahn jetzt ohnehin nur noch mit 90 Stundenkilometern an-

Den Erhalt des Viadukts muss die Bahn aus dem eigenen Etat bezahlen, den Neubau aus quasi »geschenktem« Geld.

gibt. Allerdings sei die Ertüchtigung des Viadukts teurer und dauere länger, sagt Christian Beckmann, Leiter Großprojekte bei DB Netz: Sie koste 19 statt 12 Millionen Euro und dauere 46 statt 35 Monate. Zudem wäre eine Verbreiterung der neben dem Fluss verlaufenden Straße auf lange Zeit unmöglich: »Die neue Brücke steht ja dann 80 Jahre oder länger.«

Auf dieses Argument kann die Bahn indes nicht bauen: Die Verbreiterung der Straße sei nicht mehr gewünscht, sagt Baubürgermeisterin Petra Wes-

seler: »Es gibt dafür keinen städtebaulichen Bedarf.« Für wenig reizvoll hält die Politikerin auch drei von der Bahn geprüfte Varianten, die den Erhalt einzelner Segmente der Brücke vorsehen – bis hin zur Idee, jeweils die »Fassade« der Brücke zu erhalten und sie nur unter den mittleren beiden der vier Gleise zu erneuern. »Es sieht so aus, als sei der Erhalt des Viadukts möglich«, sagt Wesseler: »Wir halten ihn auch für wünschenswert.«

Unterstützung kommt von Experten für Industriedenkmal. Man rede »über ein wichtiges Zeugnis der Ingenieurbaukunst«, sagt Werner Lorenz, Professor an der TU Cottbus und Vorsitzender der Gesellschaft für Bautechnikgeschichte. Er verweist auf einen Appell des bei der Unesco angesiedelten »International Council of Monuments and Sights«, alles zum Erhalt des Viadukts zu unternehmen. Die These von einer Ermüdung der Konstruktion hält Lorenz nicht nur mit Blick auf vergleichbare Bauten in Deutschland für wenig plausibel, sondern auch wegen der Tatsache, dass zwei der vier Gleise 1946 als Reparationsleistung entfernt wurden: »Die Hälfte der Brücke wurde nur 44 Jahre genutzt.«

Petra Zais, Stadträtin der Grünen, weist zudem darauf hin, dass der Bund als Eigentümer der Bahn eine Pflicht zum Schutz von Denkmalen habe. Der Konzern selbst aber argumentiert bisher rein wirtschaftlich. Ein Neubau, sagt Beckmann, sei noch immer »Vorzugsvariante«. Das ist wohl nicht nur in der Differenz von sieben Millionen Euro Baukosten begründet, sondern auch darin, dass quasi »geschenktes« Geld verbaut wird: Beckmann bestätigte dem »nd«, dass ein Neubau aus dem Bundesverkehrswegeplan finanziert wird, der Erhalt des alten Viadukts aber aus der vom Bund und der DB geschlossenen »Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung«, also aus dem eigenen Etat der Bahn.

Dennoch willigt die DB ein, alle Varianten in einer Expertenrunde erneut zu prüfen. Johannes Rödel, der Chef des Vereins »Viadukt«, hält das ebenso für ein ermutigendes Zeichen wie den Umstand, dass die Bahn mit Blick auf die Brücke »erstmalig von einem Denkmal spricht«. Und das gelte es zu erhalten, heißt es auf der Versammlung: »Einen Picasso«, formuliert eine Teilnehmerin, »würde man ja auch nicht einfach zerstören.«

Damit Flaschensammler nicht im Müll wühlen

Städte im Südwesten diskutieren, wie die Suche nach Pfand menschenwürdiger gestaltet werden kann

Befestigungen an Mülleimern können Pfandsammlern das Leben einfacher machen. Viele Kommunen im Südwesten sind offen für Pfandringe oder -kisten. Doch wie sieht es mit der Umsetzung aus?

Von Valentin Gensch, Ulm

Sie gehören vielerorts im Südwesten zum Stadtbild: Menschen, die sich mit dem Sammeln von Pfandflaschen oder -dosen ein paar Euro hinzuverdienen. Manche durchstöbern Mülleimer mit Hilfsmitteln, andere mit der bloßen Hand. In einigen Kommunen des Landes sind Diskussionen entbrannt, wie das Sammeln von Pfandflaschen menschenwürdiger gestaltet werden kann. Eine Lösung könnte die Installation von sogenannten Pfandringen oder Pfandkisten an Mülleimern oder Laternenpfählen sein. Doch nicht überall im Land stoßen solche Vorschläge auf Zustimmung.

Nicht weit vom Ulmer Münster entfernt hat Walter einen Mülleimer im Blick. In der belebten Fußgängerzone sucht er nach Pfandflaschen. »Die paar Euro Hartz IV im Monat reichen mir nicht aus«, sagt der 58-Jährige, der seinen Nachnamen nicht nennen möchte. Zu unangenehm ist es ihm, wenn Familie oder Freunde von seinem Zubrot erfahren. Daher wechselt er dafür auch die Stadt: »Ich kenne hier niemanden in Ulm. Da ist es mir nicht so peinlich, in den Eimern zu wühlen«, sagt Walter. Mit einer Hand greift er in den Mülleimer und findet eine Bierflasche. Acht Cent bekommt er dafür im Supermarkt.

Die SPD-Fraktion im Ulmer Gemeinderat will Menschen wie Walter helfen. Sie hält das Durchwühlen von Müll für entwürdigend und verletzungsträchtig, etwa wegen Scherben. Bereits im Sommer hat sie Ulms Oberbürgermeister Ivo Gönner (SPD) in einem Brief aufgefordert, Pfandkisten zu installieren. Beispielsweise in Form



Almosen am Mülleimer: Pfandring in der Karlsruher Innenstadt

Foto: dpa/Uli Deck

von Getränkeboxen, in die Menschen ihre leeren Pfandflaschen hineinstellen können, statt sie in den Müll zu werfen. Doch die Stadt steht dem Vorschlag skeptisch gegenüber. In einem Schreiben stellt Gönner die Frage, inwiefern die Sammelbehälter etwa »nicht-bedürftige Flaschensammler« auf den Plan rufen. Zudem könnten die Behälter zweckfremd und die Umgebung vermüllt werden.

Etwas offener für Pfandsammler ist Karlsruhe. Auf dem zentralen Friedrichsplatz hat die Stadt im Sommer zwei Pfandringe installiert. Die gelben Metallvorrichtungen umspannen Mülleimer und haben Platz für ein gutes Dutzend Flaschen oder Dosen. Seit Juni testet die Stadt, ob sich die Ringe bewähren. »Für ein Resümee ist es noch zu früh«, erklärt Helga Riedel, Sprecherin der Fächerstadt.

Gekauft hat die Karlsruher Stadtverwaltung die Ringe beim Kölner Designer Paul Ketz. Rund 300 Euro pro

Stück haben die Ringe die Stadt laut Sprecherin Riedel gekostet. Den Preis rechtfertigt Ketz mit Individualität eines jeden Pfandrings. Weil jeder Mülleimer eine andere Form hat, müssten die Ringe maßgefertigt werden.

Während Karlsruhe die Pfandringe seit Monaten testet, halten sich an-

»Die paar Euro Hartz IV im Monat reichen mir nicht aus.«

Walter, Flaschensammler

dere Städte in Baden-Württemberg noch zurück. In Mannheim etwa wurde im Gemeinderatsausschuss das Thema Pfandringe diskutiert. Trotzdem will die Stadt zunächst Erfahrungen aus anderen Kommunen ab-

warten. In Pforzheim hält man Erleichterungen für Pfandsammler für eine »interessante Idee«, wie es eine Sprecherin formuliert. Doch auch dort will man Erfahrungen abwarten.

In der Landeshauptstadt Stuttgart haben sich die Abfallwirtschaft Stuttgart und ein Start-up-Unternehmen zusammengesetzt, um Pfandringe im gesamten Innenstadtbereich zu installieren. Neun blau-weiße Ringe werden Anfang Dezember aufgebaut. Nach einer Testphase von vier bis sechs Wochen wollen die Verantwortlichen entscheiden, wie es in Stuttgart weitergeht.

Walter aus Ulm würde sich freuen, wenn er für ein paar Cent nicht im Müll wühlen muss. »Dann stinkt der Arm nicht so sehr«, meint er. Sorge, dass weniger Bedürftige als er sich an den abgestellten Flaschen bedienen, hat er nicht. Schließlich würden schon jetzt manche rücksichtsvolle Ulmer ihre Flaschen neben oder auf die Mülleimer stellen. *dpa/nd*

Spardruck auf Kommunen wächst

Im Saarland ist ein heftiger Verteilungskampf entbrannt

Von Oliver Hilt, Saarbrücken

Es war eine aufsehenerregende Aktion: Die Verwaltungschefs der 52 Städte und Gemeinden des Saarlandes demonstrierten zuletzt gemeinsam vor dem Landtag. 54 Millionen Euro will ihnen das Land 2015 streichen. Zunächst sollen sich Kommunen zu »Infrastruktureinheiten« zusammenschließen, Kreise auf die Pflichtaufgaben konzentrieren. Wenn dies nicht gelingt, droht eine Gebietsreform. Der Koalitionspartner SPD arbeitet an einem eigenen Konzept.

155 Millionen Euro beträgt das jährliche strukturelle Defizit der Kommunen. Bundesweit ist die kommunale Schuld mit über drei Milliarden Euro Spitze. Laufende Aufgaben werden über Kassenkredite finanziert, die laut Bertelsmannstiftung 60 Prozent der Verbindlichkeiten ausmachen. EU-Gelder können wegen des fehlenden Eigenbeitrags nicht mehr abgerufen werden.

Zugleich schürt das Land Zwietracht zwischen Kommunen und Kreisen, die keine Schulden machen dürfen. Das Land will ihnen bei der Grunderwerbssteuer rund 30 Millionen Euro entziehen, die sie sich bei den Gemeinden besorgen müssen. Die aber klagen ohnehin über die Kreisumlage.

Das Land wiederum hat selbst 14 Milliarden Schulden und zieht seit Jahren die Kommunen zu einem Sanierungsbeitrag heran – laut Städten und Gemeinden 605 Millionen seit 2005.

Kommende Woche soll der Etat beschlossen werden. *dpa/nd*